

Haushalt 2013 – Schlussrede KI

Vorbemerkung:

Leider wird diese wichtige Sitzung wieder nicht als Streaming im Internet übertragen. All die Reden und Vorschläge – bei den 30 minütigen Reden von CSU, SPD und Grüne war es schon ihr Kommunalwahlprogramm für 2014 – verpuffen, da sie aufgrund ihrer Länge gar nicht in der Presse gewürdigt werden können. Das würde ja eine Sonderausgabe des Main-Echos bedeuten. Die neuen Medien wären hier der richtige Ort. Aber diese Transparenz ist noch nicht gewollt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen.

Als erstes möchte ich mich bedanken, dass der Antrag der KI, die Stadt solle die Möglichkeit der Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs prüfen – umgangssprachlich auch Nulltarif genannt – umgesetzt wurde und eine Antwort sowohl der Regierung Unterfranken wie auch der Stadtwerke vorliegt. Die Behandlung wird in der nächsten Sitzungen des Werksenats und entsprechend der Zuständigkeit auch im Planungs- und Verkehrssenat sowie im Plenum erfolgen.

Vorab kann man jetzt schon sagen, dass es auf den politischen Willen des Stadtrates ankommt den ÖPNV mit einem solchen Schritt einen Sprung nach vorne zu bringen oder beim Klein-Klein hängen zu bleiben. Die Einführung – befristet, projektbezogen wie auch längerfristig wäre jetzt schon möglich. Die Landesregierung ist aufgefordert rechtliche Schritte zur Erleichterung der Gegenfinanzierung in rechtliche Rahmen zu gießen.

Wir brauchen ein ausgebautes öffentliches Personennahverkehrssystem! Das heißt mehr Busse – auch abends, nachts und Sonntagsfrüh! Vor allem in Stadtteile die von den VU-Linien abgenabelt sind. Schweinheim, Damm-West, Strietwald, Aschaffenburg-Ost! Wir brauchen eine Ringbuslinie mit Park & Ride Anbindung. Und was die Fahrpreise angeht, können wir uns ein Beispiel nehmen an der belgischen Stadt Hasselt mit ihren 70.000 Einwohnern. Dort gibt es einen Null-Tarif für die Busse, mit höchster Auslastung und niedrigen Kfz-Zahlen in der Innenstadt und das Ganze funktioniert seit 1997! Das nimmt die Stadtverwaltung auf und dafür bedanke ich mich.

Um den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr nach den Planvorgaben der Ringplanung umzusetzen, sind weitere Maßnahmen im öffentlichen Bus- und Schienennahverkehr zu untersuchen und zu planen. Die bisher gestellten Anträge der KI haben u.a. dazu geführt, dass die Stadt intensiver sich mit dem Projekt Bachgaubahn und dem fahrscheinlosen Nahverkehr beschäftigt. Die Planung der Schienenanbindung in das Schulzentrum liegt allerdings auf Eis. Hier bleibt die KI am Ball.

Die Innenstadtberuhigung nach Ringschluss 2013 wird jetzt endlich geplant! Darauf zielten wieder einmal die Anträge der KI. Dass dies ebenfalls angenommen und in seiner Wichtigkeit endlich erkannt wird begrüßt die KI. Schließlich haben wir schon 2005 eine solche perspektivische Planung vorgelegt! Aber leider muss erst kurz vor knapp der Druck der Praxis kommen, damit solche Forderungen endlich umgesetzt werden! Für uns ist klar: Die Planungen den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt und Damm herauszuhalten hätten schon lange erfolgen müssen.

Erfreulich ist auch die Übernahme der Forderung der KI die Pappelallee an der B26 nachzupflanzen und zu erhalten. Allerdings hat sich wieder die absolute Mehrheit des Stadtrates gegen eine Planung des Neubaus der Badbergtreppe entschieden um einen kurzen Zugang vom Löhergraben zum Dalberg zu erreichen.

Finanzen sanieren – Belastung gerecht verteilen!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte!

Die Stadt hat die Auswirkungen der Finanzkrise bekämpft in dem sie in den Jahren 2008 bis 2010 - 27,1 Millionen Euro dem Haushalt zugeführt hat. Durch Neuverschuldung und Rücklagenentnahme wurden die Einnahmeausfälle durch die Krise ausgeglichen. Die Bürger haben für die Finanzspekulationen bezahlt.

Auch zu diesem Haushalt werden die Stimmen nicht leiser, die ihn als gut ausgewogenen und finanziell starken Haushalt sehen. Doch ich frage Sie: was ist gut dran, wenn auch dieses Jahr wieder 7,3 Millionen an Krediten aufgenommen werden und 2,5 Millionen an Darlehenszinsen an die Banken gezahlt werden? In 10 Jahren zahlen wir 25 Millionen Euro an die Banken – das sind die Hälfte der geplanten Schulinvestitionen in den nächsten 5 Jahren! Warum müssen wieder 7,3 Millionen an Krediten aufgenommen werden? Warum wird nicht der Schuldenabbau von 71,6 Millionen in Angriff genommen und durch gerechte Verteilung der Lasten auf Unternehmen und Bürger durch die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B der Haushalt der Stadt nachhaltig saniert? Wo bleibt die Beteiligung der Sparkasse am Haushalt der Stadt? Sind nicht auch diese kommunalen Unternehmen in der Pflicht an der Haushaltssanierung beteiligt zu werden? In relativ kürzester Zeit wäre der Haushalt schuldenfrei und wir könnten jedes Jahr wieder über 2,5 Millionen mehr an Geldern zum Wohle der Bürger verfügen. Da müssten wir uns heute nicht streiten, ob die restlichen 2 Kindergartenjahre zu bezahlen sind oder nicht.

Die KI muß leider feststellen, dass Stadtrat und Stadtverwaltung sich weigern von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften die z.B. 100.000 Euro Gewinn pro Jahr erzielen einen zusätzlichen Betrag von 500,- bzw. 700,- Euro pro Jahr mehr an Gewerbesteuer zu verlangen sollte der Gewerbesteuerhebesatz von 385 auf 400 erhöhte werden! Ein Minibetrag! In Summe hätte die Stadt allerdings für das Jahr 2013 rund 1,6 Millionen Euro Mehreinnahmen durch diese Steuer zu verzeichnen. Dafür werden die Bürger aber über eine versteckte Steuer, nämlich erhöhte Strompreise und Gaspreise zur Sanierung des Haushaltes mit 0,6 Millionen und anderer Kommunalausgaben herangezogen. Die Mehreinnahmen dieser versteckten Steuer betragen beim Strompreis 2,5 Millionen Euro und beim Gaspreis 1,7 Millionen Euro. Dies ist sozial ungerecht, da die Unternehmen für Strom und Gas mit Billigpreisen geschont werden, es ist außerdem ungerechtfertigt, da es nicht die Aufgabe der AVG ist mit höheren Strom- und Gaspreisen den Haushalt zu sanieren.

Ein Grund für diese Fehleinschätzung der Gewerbesteuer ist die Unkenntnis über die wirklichen Belastungen durch diese Steuer. Denn, Einzelunternehmer und Gesellschafter einer Personengesellschaft können die Gewerbesteuer seit dem Veranlagungszeitraum 2001 auf ihre Einkommensteuer anrechnen (§ 35 EStG). Die Anrechnung erfolgt durch Abzug des 3,8-fachen Gewerbesteuermessbetrags von der tariflichen Einkommensteuer und ist auf die Einkommensteuer begrenzt, die auf die Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb entfällt. Bis 2007 konnten sie nur den 1,7 fachen Betrag anrechnen. Seit 2007 wurden die Unternehmen also sogar noch entlastet. Zur tatsächlichen Belastung wird die Gewerbesteuer damit für Einzelunternehmer und Personengesellschaften erst ab einem Hebesatz von 380. Für Aschaffenburg liegt er nur 5 Punkte höher. Aus einer Erhöhung zu schließen, dass große Unternehmen sich generell der Gewerbesteuer entzogen, kann durch die empirischen Daten nicht belegt werden.

Die KI bleibt deshalb dabei: Wir müssen die Unternehmen und die Bürger gerecht an den Kommunalausgaben beteiligen und die Verschuldung reduzieren. Strompreisgewinne und Gaspreisgewinne sind kein Ersatz für eine gerechte Steuerpolitik.

Für die KI ein ganz wichtiger Punkt ist die Bildungspolitik!

Die KI hat die Übernahme der Kosten für die ersten beiden Kindergartenjahre gefordert. Dies hätte die Stadt mit 750.000 Euro belastet. Von den Stadträten wurde dies ohne inhaltliche Diskussion abgelehnt. Hier hätte der Stadtrat an die Zukunft unserer Kinder denken können. Alle schönen Worte in den Abschlussreden die einen kostenfreien Kindergarten für Gut empfinden und es bedauern, dass die Landesregierung hier nichts unternimmt, nutzen nichts wenn wir vor Ort nicht handeln. Jeder Euro der in die Vorschulerziehung und Vorschulbildung gesteckt wird zahlt sich zehnfach in den späteren Jahren wieder aus. Deshalb ist der kostenfreie Kindergarten so notwendig. Hier wird in Gebäude investiert statt in die Köpfe.

Resumee

Diese beiden wichtigen Punkte am Schluss hat nun die Mehrheit des Stadtrates und die Stadtverwaltung abgelehnt. Aus diesem Grunde ist dieser Haushalt mehrheitlich nicht zukunftsweisend sondern ein Reparaturhaushalt der im Nachhinein immer nur das Ausbügeln muss was an Fehlplanungen mißlungen ist. Der den Schuldenberg weiter vor sich herschiebt. Der nicht an die Zukunft unserer Kinder denkt sondern lieber an die Gebäude in die bildungsferne Kinder nicht einziehen werden. Die KI lehnt deshalb den Haushalt 2013 ab.